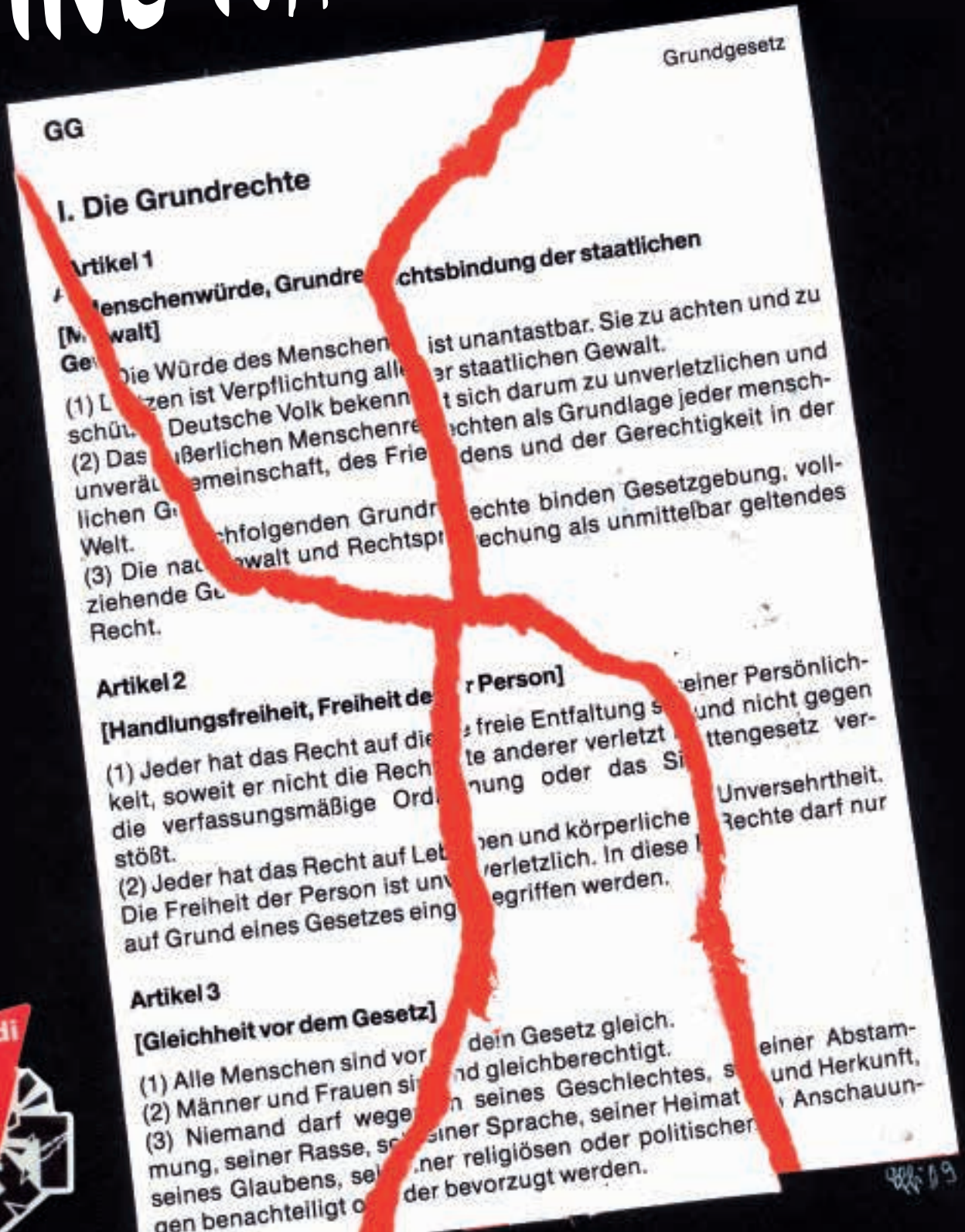


KEINE NAZIS WÄHLEN!



NPD, kehrt Marsch!

www.nord.verdi.de

Kommunalwahl in Schleswig-Holstein

Wenn am 26. Mai 2013 die Kommunalwahlen stattfinden, versuchen auch wieder die neofaschistische NPD und mit Mitgliedern der NPD durchgesetzte Wählergruppen in Schleswig-Holstein in die Parlamente einzuziehen.

Wir fordern:

Keine Stimme den Nazis!

Die NPD ist in unserem Bundesland eng verbunden und personell verflochten mit einem Netzwerk „Freier Kameradschaften“ und „Aktionsgruppen“.

KandidatInnen wurden von der NPD aufgestellt im Kreis Pinneberg, in Neumünster und in Uetersen. In Kiel will die „Wahlalternative Kieler Bürger“ (WaKB) die politische Linie ihres Spitzenkandidaten und bisherigen NPD-Abgeordneten Hermann Gutsche fortsetzen. Das Wählerbündnis „Rechtsstaatliche Liga“ möchte mit dem NPD-Kreistagsabgeordneten Kay Oelke an der Spitze im Kreis Herzogtum Lauenburg gewählt werden.

Hier, aber auch in anderen Orten Schleswig-Holsteins, sollten wir dafür eintreten, diesen Parteien und KandidatInnen keinen Raum für ihre Propaganda und keine Stimme bei den Wahlen zu geben!

Mitglieder der NPD, egal auf welchen Listen sie antreten, waren und sind immer wieder an brutalen Gewalttaten beteiligt. Auch die Mitglieder des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) waren in das bundesweite Netzwerk der deutschen Neonazis eingebunden und VollstreckerInnen der mörderischen faschistischen Ideologie.

80 Jahre nach den Überfällen der Nazis 1933 auf die Gewerkschaftshäuser und der Zerschlagung der Gewerkschaftsrechte, stehen Nazis heute für die Spaltung der Belegschaften durch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Von diesen Kräften wurde z.B. am 1. Mai 2011 unter anderem ein Stand des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Husum überfallen. Jedes Jahr wird in verschiedenen Städten der Versuch unternommen faschistische Aufmärsche zu zelebrieren, letztes Jahr z. B. in Neumünster. Der Vorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“ hat in diesem Jahr damit gedroht Veranstaltungen des DGB am 1. Mai stören zu wollen.

Gewerkschaften und ihre Mitglieder sollen sich einsetzen für ein friedliches Zusammenleben von Menschen aller Mutterländer, für gesellschaftlichen Fortschritt und Frieden.

Die Grundsätze des Potsdamer Abkommens, des Internationalen Militärtribunal und die Rechtsvorschriften der Alliierten Mächte (Kontrollratsgesetze) stellen unmissverständlich fest: *„Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“*

Der Artikel 139 des Grundgesetzes hat diese Aussage aufgegriffen.

Wir fordern, dass die NPD endlich verboten und vollständig aufgelöst wird! Wo staatliches Handeln selbst dem Verbot und damit der Verfassung entgegensteht, muss dieses sofort beendet werden. Dazu gehört die Tätigkeit der V-Leute des Verfassungsschutzes, die Parteistrukturen mit aufgebaut, Gewalttaten nicht verhindert, sondern befördert haben. Oft genug wurden stattdessen antifaschistische Aktivitäten diskriminiert und kriminalisiert.

Die Faschisten argumentieren mit den Rechten und Freiheiten des Grundgesetzes. Sie beanspruchen Wahl-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit.

Wir sagen: Diese Freiheiten gelten für alle – aber nicht für das Verbrechen des Faschismus. Vernichtungsideologien sind kein schutzwürdiges Gedankengut.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!
Keine Stimme und keinen Fußbreit den Nazis!